

Adenauer / 21-

Unser Ziel: Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit.



„Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“

Die CDU wird mit einer Erneuerung des Grundsatzzprogramms ihr Profil schärfen.

Das beschloss der Bundesvorstand der CDU Deutschlands auf einer zweitägigen Klausur in Mainz. Nur durch eine „wertegebundene“ Politik und dem Bekenntnis zum Leitbild „einer Gesellschaft

der gerechten Lebenschancen“ könnten Antworten auf die Fragen des 21. Jahrhunderts gefunden werden, erklärte die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, bei der Vorstellung der „Mainzer Erklärung“.

In der Erklärung mit dem Titel „Unser Ziel: Neue Gerechtigkeit durch mehr ▶

INHALT

Ronald Pofalla:
Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit – für eine neue Gesellschaftsdebatte
Seite 3–7

Dokumentation:
Mainzer Erklärung des Bundesvorstands der CDU Deutschlands
Innenteil

► Freiheit“ macht die CDU deutlich, dass Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität keine Gegensätze sind, sondern einander bedingen. Entscheidend für die Zukunft Deutschlands sei, dass diese drei Grundwerte wieder zu einem harmonischen Dreiklang zusammengefügt würden, sagte Angela Merkel. Ein wesentlicher Schwerpunkt der Parteilarbeit in den Jahren 2006 und 2007 werde deshalb die Weiterentwicklung des Grundsatzprogrammes der CDU aus dem Jahr 1994 sein.

Den Auftakt für diesen Prozess werden der kleine Parteitag und eine erste „Wertekonferenz“ am 20. Februar in Berlin bilden. Im April wird eine Grundsatzprogrammkommission eingesetzt werden. Die CDU-Vorsitzende kündigte an, dass die Grundsatzdiskussion in der ganzen Partei breit geführt werden soll und im April und Mai die „grundlegenden Fragen“ des politischen Selbstverständnisses der Partei auf Regionalkonferenzen mit der Parteibasis erörtert werden sollen. Ziel



Foto: PIEL media

Am Vorabend der Bundesvorstandsklausur folgte die Bundeskanzlerin einer Einladung des rheinland-pfälzischen Spitzenkandidaten für die Landtagswahl, Christoph Böhr, zum Neujahrsempfang der CDU Rheinland-Pfalz. In der mit 3500 Besuchern vollbesetzten Rheingoldhalle sicherte Angela Merkel allen wahlkampf führenden Verbänden die volle Unterstützung der Bundes-CDU im Wahlkampf zu.

müsse es auch sein, die CDU neuen Wählerschichten zu öffnen. Die CDU werde durch die Debatten „gerade auch für jüngere Menschen noch interessanter und attraktiver“, zeigte sich Angela Merkel überzeugt.

Als zweiten Arbeitsschwerpunkt für das Jahr 2006 beschloss der Bundesvorstand die Einsetzung einer Kommission „Bildungschancen und Erziehung“ unter der Leitung von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen und dem sachsen-anhaltinischen Kultusminister, Jan-Hendrik Ol-

bertz. Diese Kommission soll ihre Arbeit bis zum Herbst abschließen und einen Antrag für den Bundesparteitag im November in Dresden erarbeiten. Dabei geht es unter anderem um frühkindliche Erziehung und bessere Bildung für alle Kinder.

Die Vorsitzende kündigte außerdem an, dass ein weiteres Expertengremium unter Leitung des nordrhein-westfälischen Arbeitsministers Karl-Josef Laumann Vorschläge erarbeiten werde, wie Beschäftigte stärker am Unternehmenskapital beteiligt werden können.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Ronald Pofalla

Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit – Für eine neue Gesellschaftsdebatte

Gerechtigkeit wird häufig als die Jungfrau Justitia mit verbundenen Augen dargestellt, die in der einen Hand eine Waage, in der anderen ein Schwert hält. Würde diese Justitia heute die Gerechtigkeit in Deutschland messen, ständen die Waagschalen in einem starken Ungleichgewicht: Die soziale Herkunft der Eltern bestimmt zum großen Teil den Bildungserfolg und damit die beruflichen Möglichkeiten ihrer Kinder. Die Chancen für ältere Arbeitslose, wieder eine Beschäftigung zu finden, sind minimal; und wenn man arbeitet, hat man nicht zwangsläufig mehr, als wenn man nicht arbeitet. Hinzu kommt: Paare, die sich für Kinder und damit die Zukunft unseres Landes entscheiden, müssen vielfach erhebliche finanzielle Einschnitte verkraften und für viele Frauen scheitert die Verbindung von Familie und Beruf bereits an den staatlichen Rahmenbedingungen der Kinderbetreuung. Mit anderen Worten: Der deutsche Sozialstaat ist ineffizient und mitunter sogar die Ursache für Schief lagen bei



Ronald Pofalla, CDU-Generalsekretär

der sozialen Gerechtigkeit – und das, obwohl wir heute so viel Geld für Soziales ausgeben wie noch niemals zuvor.

Dies sind unangenehme Wahrheiten für jeden, der sich den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet fühlt. Sie sind auch die Folge eines überholten Gerechtigkeitsbegriffs, der es in der Politik in den letzten Jahren und Jahrzehnten verhindert hat, mit teilweise unpopulären aber richtigen Weichenstellungen der immer größer werdenden Probleme Herr zu werden.

Aufgrund der Versäumnisse der Vergangenheit stehen wir heute gemeinsam, in ei-

ner großen Koalition vor einer Weggabelung: Entweder wir verweigern uns weiter der Realität, selbst wenn dies die Schief lage in unserem Land weiter verschärft. Oder wir stellen uns der Wirklichkeit und schaffen mit der Kraft der Freiheit und der Kraft des Zusammenhalts eine neue Gerechtigkeit.

Für die CDU ist die Antwort auf diese Frage angesichts von struktureller Massenarbeitslosigkeit, demographischer Entwicklung und globalem Wandels klar: Wir müssen neue Pfade gehen. Wir brauchen ein neues Verständnis von Gerechtigkeit, das nicht nur zurück, sondern auch wieder nach vorne blickt. In der Industriegesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts stand noch der Schutz des Arbeitnehmers vor Ausbeutung im Mittelpunkt. Sozialversicherungen, Mitbestimmung, Betriebsverfassung, Tarifautonomie oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall waren die richtigen Antworten von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Heute – zu Beginn des 21. Jahrhunderts – lässt

sich die Frage nach Gerechtigkeit mit eindimensionalen Verteilungskriterien allein nicht mehr gültig beantworten. Es geht vielmehr um einen umfassenderen Gerechtigkeitsbegriff, der den veränderten Wirklichkeiten Rechnung trägt. Unser Leitbild ist deshalb eine Politik der neuen Gerechtigkeit.

Chancengerechtigkeit

Neue Gerechtigkeit bedeutet erstens Chancengerechtigkeit. Die Herkunft darf nicht die Zukunft bestimmen. Unabhängig davon, ob man als Arbeitersohn oder Professorentochter geboren wird, müssen die staatlichen Startchancen sich zu entwickeln, sich zu bilden und seinen Platz in der Gesellschaft zu finden, für alle in gleicher Form gegeben sein. Die Lebenschancen dürfen nicht schon bei der Geburt feststehen.

Moderne Sozialpolitik darf sich deshalb nicht nur auf die rein quantitative Umverteilung von Geld beschränken. Sie muss vor allem die Qualität besitzen, bei dem Einzelnen anzusetzen und individuelle Hilfestellungen leisten – egal, ob jung oder alt,

unabhängig von sozialer Herkunft und Religion. Jeder muss eine faire Chance zur Lebensgestaltung haben.

Deshalb ist es richtig, dass die große Koalition den Einzelnen stärkt und ihn so befähigt, in einer veränderten Welt seine Chancen zu finden. Wir dürfen dabei aber nicht stehen bleiben. Die CDU muss klarstellen: Das Bildungssystem der Zukunft muss sich an alle Sozial- und Altersgruppen wenden. Frühkindliche Bildung und gute Erziehung dürfen keine sozialen Privilegien sein, sondern müssen Gültigkeit für jede und jeden Einzelnen haben. Lebenslanges Lernen muss der Standard werden. „Weiterbildung mit 50“ statt „Rente ab 60“ ist sowohl sozial gerechter als auch wirtschaftspolitisch vernünftiger.

Neben dem Zugang zu Bildung bestimmt der Zugang zu Arbeit das Maß an Chancengerechtigkeit einer Gesellschaft. Die größte Ungerechtigkeit in Deutschland ist die Massenarbeitslosigkeit. Sie grenzt Menschen aus, untergräbt die soziale Sicherheit und die Einnahmehasis des Staates. Vor allem ältere und gering qualifizierte werden heute vielfach dauerhaft von der ei-

genständigen Finanzierung des Lebens ausgeschlossen. Die Ermöglichung von Arbeit und eigenen Erwerbseinkommen hat daher eine Schlüsselbedeutung. Gerecht ist, was Arbeit schafft! Deshalb ist es richtig, dass die große Koalition durch die Weiterentwicklung des Kündigungsschutzes und die Entlastung von Bürokratie die Chancen für mehr Arbeitsplätze erhöht. Doch auch hier müssen wir weitere Schritte gehen. Deshalb ist es richtig, dass CDU klarstellt: Die betrieblichen Bündnisse für Arbeit bleiben auf der Tagesordnung. Ein gemeinsames Anliegen der Großen Koalition ist die Umsetzung der alten CDU-Kernforderung, Kombilöhne auf dem Arbeitsmarkt einzuführen.

Chancengerechtigkeit ist für die CDU auch ein Gebot in globalen Fragen. Deutsche Entwicklungszusammenarbeit muss einen wirksamen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der ganzen Welt leisten, damit die Menschen auf allen Kontinenten an den Chancen der Globalisierung in Freiheit teilhaben können. Diese Solidarität ist sowohl Ausdruck unseres christlichen Menschenbildes als auch Bestandteil einer vor-

sorgenden Politik für unsere eigene Sicherheit. Die CDU ist überzeugt: Mit den richtigen Rahmenbedingungen – auf dem Boden der Sozialen Marktwirtschaft und in einer Weltfriedensordnung – können alle Länder zu Gewinnern der Globalisierung werden.

Generationengerechtigkeit

Neue Gerechtigkeit bedeutet zweitens Generationengerechtigkeit. Für jede Generation muss eine faire Balance zwischen Eigenverantwortung und Solidarität gefunden werden. Alte Gerechtigkeitspolitik ist auf die Gegenwart und auf eine horizontale Umverteilung beschränkt. Sie führt zu einer immer stärkeren Belastung der kommenden Generationen – sowohl in der Finanz- wie in der Sozialpolitik, weil der Blick nach vorn fehlt. Die neue Gerechtigkeit muss Lasten und Leistungen von heute und morgen zwischen Alt und Jung fair verteilen. Deshalb ist es richtig, dass die große Koalition die Konsolidierung des Haushalts vorantreibt und damit die Schuldenlast unserer Kinder zurücknehmen will. Sie schafft damit eine neue finanzielle Gerechtigkeit zwi-

schenden Generationen und sichert die Zukunft unseres Landes – auch wenn dies mit harten Einschnitten verbunden ist. Genauso richtig ist es, dass wir mit Augenmaß vorgehen und klarstellen, dass die Renten aus Respekt vor der Lebensleistung nicht gesenkt werden.

Generationengerechtigkeit ist auch das entscheidende Kriterium für den notwendigen Umbau der sozialen Sicherungssysteme. Jede Generation muss ihren Beitrag leisten, damit wir soziale Sicherheit heute und morgen gewährleisten können. Dazu zählt nicht nur die Wirtschaftskraft des Einzelnen. Dazu zählt auch, als Eltern Verantwortung zu übernehmen und Kinder großzuziehen. Deshalb ist es richtig, dass die große Koalition das Umlagesystem der sozialen Sicherung durch ein kapitalstockgestütztes System ergänzt, die Lebensarbeitszeit verlängert und mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen einführt. So werden die Lasten zwischen jung und alt gerecht verteilt.

Diese Neuausrichtung der Finanz- und Sozialpolitik darf aber nicht von kurzer Dauer sein. Deshalb ist es notwendig, dass die CDU auch in künftigen Wahl-

kämpfen den Kurs der Klarheit und Verlässlichkeit fortsetzt und klar macht: Nur, wenn es gelingt, die Massenarbeitslosigkeit abzubauen und neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu schaffen, werden wir die Probleme auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit lösen. Deshalb ist richtig, dass für die CDU Vorfahrt für Arbeit weiter oberste Priorität hat.

Dabei ist es wichtig, die Balance zwischen dem wirtschaftlichen Wohlergehen der Menschen und der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Generationengerechtigkeit bezieht sich auch auf den Schutz von Umwelt und Natur. Unsere Kinder und Enkelkinder haben den gleichen Anspruch auf intakte Natur, reine Luft und saubere Gewässer wie wir. Faire Lebenschancen im ökologischen Bereich können wir erreichen, indem wir v. a. auf einen breiten und nachhaltigen Energiemix setzen, die Verbraucher und Unternehmen von steigenden Energie- und Rohstoffpreisen entlasten und gleichzeitig Erdatmosphäre und Umwelt schützen. Dies ist der beste Weg, um Generationengerechtigkeit im umfassenden Sinn zu ver-

wirklichen, also in ökologischer, wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Hinsicht.

Leistungs- gerechtigkeit

Neue Gerechtigkeit bedeutet drittens Leistungsgerechtigkeit. Die Leistungsträger in allen Schichten unseres Landes müssen ermutigt und belohnt werden. Denn Hilfe für Bedürftige kann nur in dem Maße sichergestellt werden, wie Beschäftigte und Unternehmer durch ihre wirtschaftliche Leistung die Voraussetzung für die staatliche Unterstützung schaffen. Deshalb ist es richtig, dass die große Koalition mit dem Wachstumsgesetz und der Senkung der gesetzlichen Lohnzusatzkosten die Nettoeinkommen erhöht und so einem unverzichtbaren Grundsatz wieder Geltung verschafft: Leistung muss sich wieder lohnen.

Doch Leistungsgerechtigkeit bedeutet auch, dass starke Schultern mehr tragen als schwache. Wenn Reiche sich arm rechnen und keine Steuern zahlen, wird dies in Frage gestellt. Deshalb ist es notwendig, dass die CDU Wege aufzeigt, wie

unser Steuersystem transparent gemacht, Steuerschlupflöcher geschlossen und damit die finanziellen Lasten fair verteilt werden können.

Familien- gerechtigkeit

Neue Gerechtigkeit bedeutet viertens Familiengerechtigkeit. Das traditionelle Familienbild mit dem Mann als Alleinverdiener und der Frau als Mutter und Hausfrau entspricht heute – insbesondere in der jüngeren Generation – vielfach nicht mehr der Lebenswirklichkeit. Zum einen werden die Formen der Arbeitswelt immer differenzierter. Zum anderen ward das Bildungsniveau vieler Frauen nie so hoch wie heute und allein daraus ergeben sich neue berufliche Perspektiven. Auf diese grundlegende gesellschaftliche Veränderung reagiert die Bundesregierung vor allem mit dem Elterngeld, mit mehr Verständnis für die Lebenswirklichkeit von Doppelverdienern und neuen Anreizen für junge Paare.

Doch das allein reicht nicht aus. Denn Familien und Kinder verdienen unser aller Einsatz. Von ihnen hängt die Zukunft Deutschlands ab.

Die CDU tritt deshalb dafür ein, dass die Krankenversicherungskosten für Kinder vor allem über Steuern – und damit von allen – statt wie heute nur vom Kreis der gesetzlich Versicherten finanziert werden. Niemand soll sich aus der Solidarität freikaufen können. Alle müssen für die Zukunft unserer Gesellschaft ihren Beitrag leisten. Die Verbesserung der Betreuungsangebote für frühkindliche Erziehung aber auch ein Umdenken in den Betrieben wären Schritte auf dem Weg in eine moderne, zukunftsfeste Gesellschaft, die die Potenziale von Familien weckt.

Chancengerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit und Familiengerechtigkeit – nur mit diesem modernen Gerechtigkeitsverständnis, das wirtschaftliche Notwendigkeit und soziale Verantwortung miteinander verbindet, bleibt das Fundament der sozialen Sicherung stabil. Gleichwohl erfordert neue Gerechtigkeit auch weiterhin eine Umverteilung von den Starken zu den Schwachen, von den Reichen zu den Armen, von den Gesunden zu den Kranken. Niemand ist gefeit davor, den Arbeitsplatz zu verlieren, krank, bedürftig oder arbeitsunfähig

zu werden. Jeder muss die Hilfe bekommen, die er braucht. Diese Hilfe soll vor allem zur Selbsthilfe befähigen und die Menschen in die Lage versetzen, am Leben der Gemeinschaft teilzuhaben. Unterstützung, die wie bisher zur Passivität anregt und nur auf staatliche Alimentierung setzt, ist zu wenig.

Die neue Gerechtigkeit darf deshalb nicht auf Hilfe und Sozialtransfers fixiert bleiben, sondern muss auch auf Freiheit und Eigenverantwortung setzen. Für die CDU ist klar: Neue Gerechtigkeit verteilt nicht einen einzigen immer kleiner werdenden Kuchen möglichst „gerecht“. Sie sorgt dafür, dass möglichst viele in der Lage sind, für sich selbst einzustehen, damit der Kuchen insgesamt wieder größer wird.

Damit dies gelingt, brauchen wir wieder mehr Freiheit, die eigenen Chancen zu nutzen und Talente zu entfalten. Mehr Freiheit, die eigene Verantwortung wahrzunehmen und Gemeinsinn zu stiften – ob in Familien, Betrieben, Vereinen, Stiftungen oder Schulen. Ohne Freiheit gibt es keine Gerechtigkeit, ohne Gerechtigkeit keine Freiheit. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind

keine Gegensätze, sondern bedingen einander gegenseitig. Entscheidend für die Zukunft unseres Landes ist deshalb, dass wir diese drei Grundwerte wieder zu einem harmonischen Dreiklang zusammenfügen. Diese Frage wird daher auch die Weiterentwicklung des Grundsatzprogramms der CDU in den kommenden Jahren stark bestimmen.

Die CDU hat mehrfach in der Geschichte der Bundesrepublik gezeigt, dass sie die Kraft hat, nach vorne zu denken und die Weichen richtig zu stellen – auch wenn Widerstände dabei zu überwinden waren. Konrad Adenauer und Ludwig Erhard sind in einer Zeit schlimmsten Mangels nicht für mehr Staat und weniger Freiheit eingetreten, sondern haben im Gegenteil eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung etabliert, die Freiheit, Eigenverantwortung und Wettbewerb mit Solidarität und sozialer Sicherung verbunden hat – die Soziale Marktwirtschaft.

Diese programmatische Kraft braucht und hat die CDU auch heute wieder. Die Soziale Marktwirtschaft muss für das Zeitalter von Globalisierung und Wissensgesellschaft weiterentwickelt wer-

den. Grundlage dieser Weiterentwicklung ist die Idee der neuen Gerechtigkeit durch mehr Freiheit. Sie stärkt die wirtschaftlichen Fundamente wie den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Niemand bleibt zurück, aber alle werden sich anstrengen müssen. Wenn wir das schaffen, kommen auch die beiden Waagschalen der Justitia wieder ins Gleichgewicht.

Dieser Namensartikel ist in einer Kurzform in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 4. Januar 2006 erschienen.



WEB-TIPPS

Im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de

- „Aufschwung und Vertrauen. Politik im Dreiklang Investieren – Sanieren – Reformieren“: Ergebnispapier der Klauertagung des Bundeskabinetts in Genshagen vom 9. bis 10. Januar 2006 (PDF)

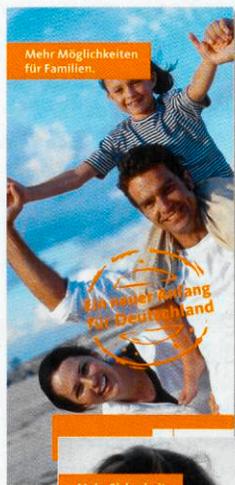
Im Internetangebot der Bundestagsfraktion unter www.cducusu.de

- Das ändert sich ab 2006 – Dreiklang aus Sanieren, Reformieren und Investieren wird umgesetzt: Neuregelungen/ Maßnahmen (3 Dokumente / PDF)

Ein neuer Anfang für Deutschland

Unter dem Motto „Ein neuer Anfang für Deutschland“ hat die Bundesgeschäftsstelle eine Reihe von Informationsblättern zu den Zielen der Großen Koalition aufgelegt.

Für ausgewählte Personengruppen wurden die wichtigsten Inhalte des Koalitionsvertrages zielgruppenspezifisch aufbereitet. „Was bringt die Große Koalition für Landwirte?“ „Auf was können sich Senioren verlassen?“ „Was wird sich für Forscher ändern? Was für Studierende?“ Auf diese und zahlreiche andere Fragen geben die neuen Zielgruppenlepprellos eine Antwort.



Besonders gut geeignet sind die Leporellos für die wahlkampf führenden Verbände und Kandidaten. Ob als Verteilmittel am Canvassingstand, als Information bei Diskussionsveranstaltungen, als Beilage zu einem Zielgruppenbrief oder als schnelles Informationsmedium – zum Beispiel für eine Redevorbereitung – ein Blick in die Leporellos lohnt sich.

Ingesamt hat die Bundesgeschäftsstelle 17 Zielgruppen- und fünf Themenleporellos für die Parteiarbeit vor Ort erarbeitet. Zusätzlich werden die wichtigsten Inhalte des Koalitionsvertrages in einer kurzen 10-Punkte-Übersicht vorgestellt. Eine vollständige Übersicht finden Sie unter www.cdunet.de. Den Verbänden werden diese Broschüren auf üblichem Weg zur Verfügung gestellt.



Nähere Informationen und die Bestelldaten finden Sie auf den Seiten 18–24

Rheinland-Pfalz

„SPD finanzpolitisch gescheitert“

„Der Rechnungshof des Landes hat ungewohnt deutlich die Finanz-Misswirtschaft der Regierung Beck angeprangert. Das Land steht am Rande einer extremen Haushaltsnotlage.“

Mit diesen Worten kommentierten der Parlamentarische Geschäftsführer der rheinland-pfälzischen Landtagsfraktion, Herbert Jullien, und der haushalts- und finanzpolitische Sprecher Hans-Josef Bracht, den soeben veröffentlichten Jahresbericht 2005 des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz.



Hans-Josef Bracht



Herbert Jullien

den Einnahmen nicht mehr bezahlt werden. Die SPD-geführte Landesregierung hat Rheinland Pfalz in die Schuldenfalle geführt.“

Landes, während die Steuereinnahmen nur um 20 Prozent steigen. 2006 erreicht der Schuldenstand das Dreifache der jährlichen Einnahmen des Landeshaushaltes.

Kein Handlungsspielraum

Die Haushaltslage des Landes wird in dem Bericht in dem Satz zusammengefasst: „Der notwendige finanzwirtschaftliche Handlungsspielraum lässt sich ohne nachhaltige Haushaltskonsolidierung nicht zurückgewinnen.“ Herbert Jullien: „Dieser Satz heißt im Klartext, dass Rheinland Pfalz keinen finanziellen Handlungsspielraum mehr hat. Neue Aufgaben und verstärkte Investitionen in die Zukunft können aus laufen-

Investitionsquote sinkt

Nach den vom Rechnungshof vorgelegten Zahlen werden 2005 drei Viertel der Steuereinnahmen, einschließlich Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen allein für Personalausgaben und Zinsen gebraucht. Die Investitionsquote, also der Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben, sinkt von 14,8 Prozent im Jahr 1994 auf 10,5 Prozent in diesem Jahr. Von 1994 bis 2006 verdoppeln sich die Schulden des

Hans-Josef Bracht: „In diese Berechnungen des Rechnungshofes sind zahlreiche Nebenhaushalte des Landes wie die Schulden aus der privaten Vorfinanzierung von Investitionen, die kreditfinanzierten Hochschulbaumitteln der Mainzer Uni-Klinik und die neuen verdeckten Schuldenmachereien des laufenden Doppelhaushaltes 2005/2006 noch gar nicht eingerechnet. Auch ohne diese zusätzlichen Belastungen schreibt der Rechnungshof unmissverständlich Klartext. Diese Landesregierung ist finanzpolitisch gescheitert.“

Nationalpark Harz – Symbol für gelungene Einheit

Deutschland hat seinen ersten länderübergreifenden Nationalpark.

Mit der Unterzeichnung eines Staatsvertrages im Harzer Ort Wernigerode feierten die Ministerpräsidenten aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Christian Wulff und Wolfgang Böhmer, die offizielle Eröffnung des Nationalparks.

„Mit dem Zusammenwachsen der Nationalparke wird nicht nur die künstliche Trennung des Naturraumes überwunden. Der gemeinsame Nationalpark Harz ist ein Symbol für die Überwindung der deutschen Teilung“, erklärten die Ministerpräsidenten übereinstimmend. Die Länderchefs dankten allen, die am Zusammenwachsen des Nationalparks mitgewirkt haben. Ohne die tatkräftige Mitarbeit der Parlamentarier, der Nationalparkbeiräte, des Direktors sowie der sachsen-anhaltischen Umweltministerin Petra Wernicke und des niedersächsischen Umweltministers Hans-Heinrich Sander und ihrer Ministerien sei dieses historische Vorhaben nicht möglich gewesen.



Foto: dpa

Christian Wulff und Wolfgang Böhmer

„Der Nationalpark steht für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit unserer beiden Nachbarländer. Wo der Naturraum keine Grenzen kennt, kann jetzt auf einheitlicher Basis der Nationalpark zum Wohle der Menschen und der Natur weiterentwickelt werden. Für die künftige Entwicklung des Harzes ist es wichtig, dass eine gute Balance zwischen Naturschutz und touristischer Entwicklung gelingt“, erklärte Böhmer. Wulff ergänzte: „Vom gemeinsamen Nationalpark Harz wird neben der herrlichen Harzlandschaft auch der Tourismus profitieren. In diesem einzigartigen Mittelgebirge kann jetzt mehr ursprüngliche Natur erlebt werden. Zudem bietet die Vermarktung des

Harzes als faszinierendes deutsches Tourismusgebiet Chancen für den Arbeitsmarkt in der Region.“

Am 11. Mai 2004 hatten sich die Landesregierungen von Sachsen-Anhalt und Niedersachsen in Wernigerode auf die Einrichtung eines gemeinsamen Nationalparks verständigt. Bereits am 28. August 2004 konnte ein erster Staatsvertrag zwischen den Ländern unterzeichnet werden, der den Prozess des Zusammenwachsens geregelt hat. Durch die neuen Nationalparkgesetze und den neuen Staatsvertrag werden die damaligen Regelungen ersetzt. So regelt der Staatsvertrag endgültig, dass der gemeinsame Nationalpark die Bezeichnung „Nationalpark Harz“ trägt und der Verwaltungssitz in Wernigerode liegt. Eine Außenstelle der Nationalparkverwaltung bleibt in Oderhaus, das zu Sankt Andreasberg gehört. Der Staatsvertrag trifft daneben Regelungen zur Bildung eines gemeinsamen Nationalparkbeirates und eines wissenschaftlichen Beirates und gibt die Eckpunkte für einen Nationalparkplan und einen Wegeplan vor.

60 Jahre CDU

In den Jahren 1945 und 1946 wurde an vielen Orten Deutschlands die CDU gegründet. 2005 beging die CDU-Deutschlands ihr 60. Gründungsjubiläum. Aber auch 2006 steht für viele Verbände noch ganz im Zeichen ihrer Gründung vor 60 Jahren.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat hierfür eigene Werbemittel herausgegeben. Die nachfolgenden Angebote können Sie bei **arvato logistic services** über das IS-Versandzentrum bestellen.



Broschüre „60 Jahre CDU“ Erfolgreich für Deutschland*

Bestell-Nummer: **5208**
Preis je 25 Stück: **12,25 €**
inkl. MwSt.: 13,11 €

* Hinweis:

Diese Broschüre ist zurzeit vergriffen. Bei entsprechender Nachfrage ist eine Neuauflage vorgesehen. Bitte planen Sie Ihren Bedarf jetzt ein und richten Sie Ihre Bestellung bis 27. Januar 2006 an arvato logistic services, damit wir über eine Neuauflage entscheiden und Sie frühzeitig informieren können.

„60 Jahre CDU“ – Rede von Angela Merkel anlässlich der Festveranstaltung

Bestell-Nummer: **5246**
Preis je 50 Stück: **16,50 €**
inkl. MwSt.: 17,66 €



Kugelschreiber

Bestell-Nummer: **9204**
Preis je 100 Stück: **64,50 €**
inkl. MwSt.: 74,82 €



Streichhölzer „60 Jahre CDU“ Schachtel-Set mit 20 verschiedenen Plakatmotiven

Bestell-Nummer: **9205**
Preis je 100 Stück: **8,50 €**
inkl. MwSt.: 9,86 €



Postkarten-Set „60 Jahre CDU“ 5 verschiedene Motive (1 Set)

Bestell-Nummer: **9206**
Preis je 25 Sets: **10,00 €**
inkl. MwSt.: 11,60 €



Spätabtreibungen vermeiden helfen

Wenn werdenden Müttern nach der 23. Schwangerschaftswoche aus medizinischen Gründen die Möglichkeit einer Spätabtreibung offen steht, ist diese anstehende Entscheidung sicherlich für keine Frau leicht.

Monate der Vorfreude auf das Kind liegen hinter ihr. Die Diagnose, die zu einer Spätabtreibung führen kann, versetzt viele der werdenden Mütter in einen Schockzustand. Ihnen in dieser schweren Entscheidung alle Unterstützung und Hilfe, die möglich ist, zukommen zu lassen, sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält es für einen wichtigen Aspekt der Hilfe, dass die Frau eine intensive psychosoziale Beratung erhält. Diese ist bisher so nicht erforderlich. Eine verpflichtende Beratung stellt aus unserer Sicht eine wichtige Unterstützung der Frauen dar. Denn so wie der Arzt die medizinischen Aspekte erläutert, werden in der psychosozialen Beratung die weiteren Aspekte des Konflikts ergebnisoffen dargelegt und Hilfestellungen gegeben.



Ursula Heinen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schlägt zudem vor, dass zwischen der Feststellung der Behinderung und der Vornahme des Schwangerschaftsabbruchs drei Tage Bedenkzeit liegen, damit die Eltern ausreichend Zeit für ihre Entscheidung haben. Auf diesem Wege wird die Möglichkeit eröffnet, dass Spätabtreibungen wirkungsvoller als bislang vermieden werden können.

„Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber im Jahr 1992 in seinem Urteil bezüglich der Gesetze zum Schwangerschaftsabbruch eine Beobachtungs- und eventuelle Nachbesserungspflicht auferlegt. Wir werden dieser Verpflichtung auch in der 16. Legislaturperiode nachkommen und wollen prüfen, ob und gegebenenfalls wie die Situation bei Spätabtreibungen verbessert werden kann“, heißt es in unserem Koalitionsvertrag

mit der SPD vom 18.11.2005. Vor diesem Hintergrund sollten wir alle Möglichkeiten nutzen, um unserem gemeinsamen Anliegen der Verminderung von Spätabtreibungen Rechnung zu tragen.

Ursula Heinen ist die Vorsitzende der Frauengruppe der Fraktion.

Raubkunsthandel einen Riegel vorschieben

Die Umsetzung der UN-Konvention gegen den illegalen Handel mit Kulturgütern, die sich derzeit im Abstimmungsverfahren befindet, muss erste Priorität im Hundert-Tage-Programm von Kulturstaatsminister Bernd Neumann haben.

Diese Kultur-Schutzmaßnahme ist bereits seit 35 Jahren überfällig! Das ist kein Ruhmesblatt für die Bundesrepublik und ihre internationale Reputation. Insgesamt bekennen sich seit 1973 einhundertseven Länder zu dem Abkommen. Als einziger großer Staat fehlt Deutschland. Eine Umsetzung muss allerdings mit Augenmaß erfolgen. Eine bürokratische Mehrbelastung für den Kunstmarkt ist nicht hinnehmbar! Die Konvention muss ähnlich

wie EU-Vorlagen 1:1 umgesetzt werden. Sie sollte nicht über die Mindestvorschriften hinausgehen. Bei einer Überinterpretation der Konvention besteht die Gefahr, dass Deutschland noch weiter an den Rand des internationalen Kunstmarktes gedrängt wird. Schon jetzt werden über 90% des weltweiten Versteigerungskunsthandels über London und New York abgewickelt. Das Motto muss lauten: Abschrecken und nicht Abschot-

ten! Ein positives Signal ist die Absicht der Bundesregierung, bei Verstößen gegen die Aufzeichnungspflichten „bußgeldorientiert“ vorzugehen. Eine Verletzung der Aufzeichnungspflicht soll somit zukünftig zu 5.000 bis 10.000 Euro Bußgeld führen. Wird ein Händler als Hehler überführt, drohen ihm bis zu 5 Jahren Gefängnis und die Schließung des Geschäftes. Das sind abschreckende, aber auch angemessene Maßnahmen, die den Raubkunst-

handel effektiv eindämmen können. Auch sieht der Gesetzentwurf der Bundesregierung eine sinnvolle Definition des Begriffes der betroffenen Kulturgüter vor. Damit wird verhindert, dass jede Glasscherbe zum schützenswerten Kulturgut eingestuft wird.

Für den Kunststandort Deutschland kann sich das lange Zögern in der Umsetzung der UN-Konvention durchaus negativ auswirken. Wer als seriöser Partner im in-

SENIOREN EHRENAMTLICH AN DIE SCHULEN

Die Senioren-Union hat die Kultus- und Schulminister der Bundesländer aufgefordert, beim nachmittäglichen Ganztags-schulbetrieb und bei der Hausaufgabenbetreuung verstärkt auf das ehrenamtliche Engagement von Senioren zu setzen.

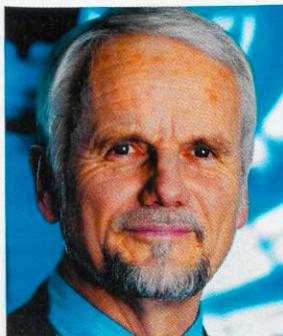
„Ich appelliere besonders an die Minister aus den Reihen von CDU und CSU, hier mit gutem Beispiel voranzugehen und dem Vorbild des nordrhein-westfälischen Koalitionsvertrages zu folgen, in dem der ehrenamtliche Einsatz von Senioren an Schulen ausdrücklich festgeschrieben ist.“ sagte der SU-Vorsitzende Otto Wulff. Erst vor wenigen Tagen hatte die NRW-Wirt-

schaftsministerin Christa Thoben ausdrücklich diesen Senioren-Einsatz erneut gefordert.

Wulff: „Wenn nur noch rund 35 Prozent der über 55-jährigen in einem festen Arbeitsverhältnis stehen, dann ist es blanke volkswirtschaftliche Verschwendung, dieses Wissens- und Erfahrungspotential nicht sinnvoll für gesellschaftlich wichtige Tätigkeiten zu nutzen. Es gibt eine riesige Bereitschaft in dieser Bevölkerungsgruppe, ihr Wissen und ihre Erfahrung an die junge Generation weiterzugeben.“ Als konkrete Beispiele nannte Wulff den „Ingenieur, der bei der Suche nach einer Lehrstelle oder der Vermittlung von

Praktika kompetent helfen kann, den Handwerker, der Wissenswertes aus seiner beruflichen Praxis weitergibt oder auch die Hausfrau, die einen Kochkurs leitet oder praktisches Haushalts-Management an junge Menschen weitergibt.“

Der SU-Vorsitzende stellt klar, dass es ihm nicht darum gehe, die „pädagogische oder didaktische Verantwortung“ der Lehrerkollegien in Frage zu stellen. Die Senioren sollten „keine Noten geben, sondern das schulische Angebot ergänzen“. Und dies würde sich angesichts der „enormen sozialen Kompetenz nach einem erfüllten Berufsleben“ auch positiv auf den Schulalltag auswirken.



Wolfgang Börnsen

internationalen Kunsthandel teilhaben will, muss sich auch internationalen Gepflogenheiten stellen. „Eine antike Vase war bisher einfacher nach Deutschland zu importieren, als Muscheln vom Mittelmeer“, so Kunstexperten. Deutschland darf sich nicht zur Drehscheibe für den Handel mit Raubkunst entwickeln! Die geltende deutsche Rechtsordnung bietet keinen ausreichenden Schutz, um den zunehmenden illegalen Handel mit Kulturgütern einzudämmen. Mittlerweile werden nach Schätzungen des amerikanischen FBI jährlich Kunstschätze im Wert von mehr als 8 Mrd. Dollar geraubt und gehandelt. Die Absicht von Kulturstaatsminister Bernd Neumann, die Konvention nun nationales Recht werden zu lassen, ist richtig und zu unterstützen. Deutschland muss seinen Status als seriöser Partner im internatio-

nen Kunstgeschäft auch zukünftig behaupten können. Auch der Bundesrat ist aufgefordert, den Gesetzentwurf zügig voranzubringen.

Die Konvention der UNESCO über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut wurde bereits 1970 verabschiedet. Sie regelt die Definition, den Anwendungsbereich sowie die rechtlichen Folgen des illegalen Handels mit Kunst.

Wolfgang Börnsen ist der kultur- und medienpolitische Fraktionssprecher.

Richtiges Signal: Schutz geistigen Eigentums!

Als neue Vorsitzende der Justizministerkonferenz (JUMIKO) im Jahre 2006 setzt die bayerische Justizministerin Beate Merk den richtigen Schwerpunkt, wenn sie sich dem stärkeren Schutz des geistigen Eigentums in Deutschland verschreibt.

Wenn der Koalitionsvertrag der Bundesregierung feststellt, dass „Deutschlands Kapital für die Zukunft die Kreativität und der Erfindungsreichtum seiner Menschen“ sind, so geht es nun darum, dieses Bekenntnis mit rechtspolitischem Leben

zu füllen. Insbesondere das Urheberrecht muss an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden, weil bloßes Kopieren nicht zur Wertschöpfung unserer Wirtschaft beiträgt.

Der bayerischen Ministerin Merk ist beizupflichten, wenn sie betont, dass wir in Deutschland mangels anderer Rohstoffe in besonderem Maße auf den Rohstoff „Geist“ angewiesen sind. Es ist gut, wenn Bund und Länder dies gemeinsam erkennen und danach handeln. Von manchem Bürger werden Rechtsgebiete wie das Urheberrecht mitunter als lästige Beschränkungen wahrgenommen. Es ist hingegen eine der vornehmsten Aufgaben der Rechtspolitik, den volkswirtschaftlichen und freiheitlichen Wert auch des geistigen Eigentums gegen alle kurzsichtigen Einzelinteressen zu verteidigen. Mit dem aktuellen Vorschlag des Bundesjustizministeriums, allen Opfern illegalen Kopierens einen Auskunftsanspruch gegen den Rechtsverletzer zu geben, gehen wir hier einen längst überfälligen Schritt in die richtige Richtung.

Indem der Schutz geistigen Eigentums in den Mittelpunkt gerückt wird, wird in der Justizpolitik von Bund und Ländern zugleich ein richtiges Signal zur Stärkung



Günter Krings

des Wirtschaftsrechts insgesamt gesetzt. Dieses Teilgebiet der Rechtspolitik, das auch im Berliner Koalitionsvertrag eher knapp behandelt wurde, muss aus seinem Dornröschenschlaf geweckt werden. Die relative Stärke des Wirtschaftsstandorts Deutschlands hat nämlich ganz wesentlich mit unserem Rechtssystem zu tun. Ein modernes Wirtschaftsrecht wird heute zutreffend als Schlüsselfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes erkannt. Das gilt für ein zeitgemäßes Kapitalmarktrecht ebenso wie für ein runderneuertes Handels- und Gesellschaftsrecht, das dem Einbruch ausländischer Gesellschaftsformen nach Deutschland wirksam Paroli bieten kann. Die Justizminister in Bund und Ländern tun daher gut daran, der Fortentwicklung des Wirtschaftsrechts – auch gegenüber der Reform der Justizorganisa-

tion und des Prozessrechts – mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Günter Krings ist der Berichterstatter „Geistiges Eigentum“.

Energieversorgung sicherstellen

Nicht mehr nur die Diskussion über Energiepreise ist von Relevanz, sondern vielmehr steht die langfristige Versorgungssicherheit der Industrienation Deutschland mit Energie ganz oben auf der Tagesordnung.

Vor diesem Hintergrund muss die Diskussion über ein langfristig tragfähiges Energiekonzept und einen ausgewogenen Energiemix fortgeführt werden. Es ist nicht mehr die Zeit von Ideologien, sondern die Zeit praktischer Vernunft. Politik hat die Aufgabe, die Energieversorgung nicht nur für vier Jahre, sondern für Jahrzehnte vorausschauend sicherzustellen. Die bestehende Energieversorgung kann deshalb nicht ohne Not in Frage gestellt werden. Will Deutschland seine Zukunftschancen sichern, müssen neben Stein- und Braunkohle sowie dem Ausbau regenerativer Energien auch die Restlaufzeiten deutscher Kernkraftwerke entideologisiert werden.



Katherina Reiche

Katherina Reiche ist die stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Eurofighter notwendig

Sowohl die alte als auch die jetzige Bundesregierung haben den Eurofighter als für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland unverzichtbar bewertet.

Bei dem Beschaffungsprojekt Eurofighter ist die Bundesrepublik an den bestehenden Rahmenvertrag vom Januar 1998 gebunden. Dieser Rahmenvertrag sieht die Beschaffung von 180 Flugzeugen für die deutsche Luftwaffe vor.

Im Verlauf der Koalitionsgespräche haben die Koalitionspartner einvernehmlich festgestellt, dass die aus sicherheitspolitischen Gründen für notwendig erachteten Rüstungsprojekte finan-



Bernd Siebert

zierbar sind. In der Koalitionsvereinbarung steht hierzu wörtlich: „Sie [die Bundesregierung] wird Sorge tragen, dass der Bundeswehr die dafür [sofern sicherheitspolitisch erforderlich und im nationalen Interesse] notwendigen Ressourcen zur Verfügung stehen.“ Diese Feststellung gilt weiterhin.

Die große Koalition hat Gremien geschaffen, in denen Weiterentwicklungen und abweichende Auffassungen zu Sachverhalten erörtert werden können. Mir ist bishernicht bekannt, dass das Thema Eurofighter in diesen Gremien auf der Tagesordnung gewünscht wurde. Wenn die SPD die Beschaffung der dritten Tranche des Eurofighters in Frage stellt, erwarte ich, dass sie praktikable Vorschläge in diesem Gremium einbringt.

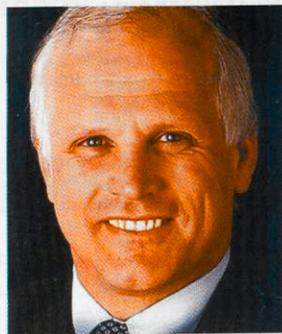
Bernd Siebert ist der verteidigungspolitische Fraktionssprecher.

Konsequent Ausbreitung von Vogelgrippe verhindern

Vor dem Hintergrund der raschen Ausbreitung der Vogelgrippe in der Türkei, die bereits zum Tod dreier Kinder geführt hat, müssen konsequent alle Maßnahmen ergriffen werden, um eine Ausweitung auf Deutschland zu vermeiden.

Die Bundesregierung hat mit ihrem bundesweiten Krisenplan entsprechende Vorbereitungen getroffen. Dazu gehört auch die Durchführung von Krisenübungen in Bund, Ländern und Gemeinden. Aber auch in der Türkei müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, die Ausbreitung zu verhindern. Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt es daher, dass die Bundesregierung der Türkei den Einsatz von Virologen des Bundesforschungsinstituts für Tiergesundheit auf der Insel Riems angeboten hat.

Die Bevölkerung in Deutschland muss bestmöglich geschützt werden. Auch wenn die Stallpflicht für Geflügel Mitte Dezember zunächst aufgehoben wurde, gelten viele Maßnahmen zum vorbeugenden Schutz vor der Vogelgrippe weiter. Dazu gehört ein Einfuhrverbot von Geflügel, Geflügelprodukten



Peter Bleser

und auch Federn aus einer Reihe asiatischer Länder sowie Teilen Südosteuropas (u. a. Türkei). Der Fund potenziell risikobehafteter Lebensmittel z. B. am Frankfurter Flughafen hat gezeigt, dass die Grenzkontrollen intensiviert werden müssen und bereits im Ausreiseland beginnen sollten.

Die Gefahr durch die Vogelgrippe muss ernst genommen werden, auch wenn die Übertragung von Mensch zu Mensch bisher nicht nachgewiesen werden konnte. Sie muss nach dem Worst-Case-Konzept unter den Aspekten des vorbeugenden Verbraucher- und Tierschutzes angegangen werden. Eine erneute Aufstallungspflicht ist zu Beginn des Zugvogelfluges im Frühjahr wieder ins Auge zu fassen.

Peter Bleser ist der Vorsitzende der AG Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Bestellschein > Rednerankündigungsplakat

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Bereich Produktion und Distribution
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Fax 05241/8 04 18 92

Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift	<input type="text"/>	Lieferanschrift (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name		CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner		Ansprechpartner
Straße, Nr.		Straße, Nr.
PLZ, Ort		PLZ, Ort
Telefon		Telefon

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Bundesredner	Format DIN A0	gewünschte Exemplare	Format DIN A1	gewünschte Exemplare	Gesamtpreis
Althaus, Dieter	8126		8125		
Beust, Ole von	8902		8901		
Böhmer, Wolfgang	8002		8001		
Böhr, Christoph	8474		8473		
Carstensen, Peter Harry	8282		8281		
Jung, Franz Josef	8306		8307		
Kauder, Volker	8004		8003		
Koch, Roland	8478		8477		
Lammert, Norbert	8006		8005		
Laumann, Karl-Josef	8900		8899		
Leyen, Uraula von der	8194		8193		
Merkel, Angela	8402		8403		
Milbradt, Georg	8008		8007		
Müller, Hildegard	8904		8903		
Müller, Peter	8480		8479		
Oettinger, Günther	8308		8309		
Peiner, Wolfgang	8906		8905		
Pöttering, Hans-Gert	8908		8907		
Pofalla, Ronald	8304		8305		
Röttgen, Norbert	8310		8311		
Rüttgers, Jürgen	8052		8053		
Schäuble, Wolfgang	8634		8635		
Schavan, Annette	8628		8627		
Schipanski, Dagmar	8912		8911		
Schönbohm, Jörg	8778		8779		
Teufel, Erwin	8404		8405		
Wulff, Christian	8192		8191		

DIN A0

Preis je 50 Stück: 39,00 €
inkl. MwSt.: 45,24 €

DIN A1

Preis je 50 Stück: 25,00 €
inkl. MwSt.: 29,00 €

zzgl. Versandkosten

Datum,

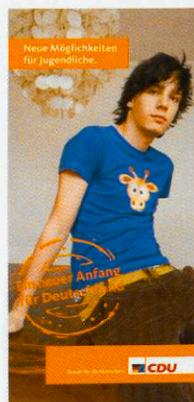
Unterschrift

Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.



Leporello
„Neue Möglichkeiten für Jugendliche“

Bestell-Nummer: **2284**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
„Neue Möglichkeiten für Forscher“

Bestell-Nummer: **2285**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
„Herausforderungen und Chancen für Hochschullehrer und Studierende“

Bestell-Nummer: **2286**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
„Bessere Chancen für Menschen in den neuen Ländern“

Bestell-Nummer: **2287**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello „Mehr Qualität für Schüler und Lehrer“

Bestell-Nummer: **2288**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello „Neue Chancen für Arbeitsuchende“

Bestell-Nummer: **2289**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello „Unsere Konzepte in der Steuerpolitik“

Bestell-Nummer: **2290**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello „Mehr Sicherheit“

Bestell-Nummer: **2291**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
„Verlässliche Sozialsysteme“

Bestell-Nummer: **2292**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
„Bessere Startchancen für Existenzgründer“

Bestell-Nummer: **2293**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
„Mehr Chancen für Mittelständler“

Bestell-Nummer: **2294**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
„Klarheit für Soldaten, Wehr- und Zivildienstleistende“

Bestell-Nummer: **2295**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
„Bessere Chancen für Frauen“

Bestell-Nummer: **2296**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
**„Neue Chancen für Menschen
 in den Städten und Gemeinden“**

Bestell-Nummer: **2297**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
**„Neue Chancen in der Energie-
 und Umweltpolitik“**

Bestell-Nummer: **2298**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
„Mehr Schutz für Verbraucher“

Bestell-Nummer: **2299**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
„Neue Chancen in der Landwirtschaft“

Bestell-Nummer: **2300**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
„Mehr Möglichkeiten für Familien“

Bestell-Nummer: **2301**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
„Bessere Zukunftschancen für Arbeitnehmer“

Bestell-Nummer: **2302**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
„Mehr Möglichkeiten für ältere Menschen“

Bestell-Nummer: **2303**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €

Ab 1. Februar 2006 wird die CDU-Bundesgeschäftsstelle für Angebote der CDU Deutschlands über die Firma Arvato in Versmold statt der bisherigen Regelung eine einheitliche Versandkostenpauschale in Höhe von 5,00 Euro zzgl. MwSt. erheben.

Anlass für die Neuregelung ist die Tatsache, dass die CDU-Bundesgeschäftsstelle allein im Jahr 2005 (u.a. wg. Mautgebühren und Benzinpreissteigerungen) Transportkostenzuschüsse in 6-stelliger Höhe zahlen musste.

Mit der ab 1. Februar 2006 gültigen Neufestlegung haben wir für alle Beteiligten eine faire Regelung gefunden, die einer gerechten Kostenverteilung Rechnung trägt. Nach wie vor werden höhere Bestellwerte mit dieser Pauschale begünstigt.

In diesem Zusammenhang sind wir im Moment auch dabei unser Gesamtangebot zu straffen. Bitte achten Sie hierzu auf aktuelle Informationen im UiD. Unsere aktuellen Werbemittel finden Sie im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de im e-Shop. Der Werbemittelkatalog von 2004/2005 ist nicht mehr gültig.

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de